

## **NIEDERSCHRIFT**

über die **25.** Sitzung  
**des Kreisausschusses**  
(XVI. Wahlperiode)

### **öffentlicher Teil**

Tag der Sitzung: **13.12.2016**  
Ort der Sitzung: Kreishaus Neuss  
Besprechungsraum 2 (2. Etage)  
Oberstraße 91, 41460 Neuss  
(Tel. 02131/928-2100)  
Beginn der Sitzung: 15:10 Uhr  
Ende der Sitzung: 17:20 Uhr  
Den Vorsitz führte: Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

### **Sitzungsteilnehmer:**

#### **• Vorsitzender**

1. Herr Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

#### **• CDU-Fraktion**

2. Herr Dr. Gert Ammermann
3. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
4. Herr Bertram Graf von Nesselrode
5. Herr Wolfgang Wappenschmidt
6. Herr Dieter Welsink
7. Herr Johann-Andreas Werhahn
8. Frau Birte Wienands

#### **• SPD-Fraktion**

9. Herr Udo Bartsch
10. Herr Horst Fischer
11. Herr Dieter Jüngerkes
12. Herr Rainer Thiel MdL

#### **• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

13. Herr Erhard Demmer
14. Frau Susanne Stephan-Gellrich

• **FDP-Fraktion**

15. Herr Rolf Kluthausen

• **Die Linke-Fraktion**

16. Frau Kirsten Eickler

• **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

17. Herr Carsten Thiel

• **Verwaltung**

18. Herr Kreisdirektor Dirk Brügge
19. Herr Kreisdirektor Dirk Brügge
20. Frau Janine Conrads
21. Herr Günter Hassels
22. Herr Dezernent Tillmann Lonnes
23. Herr Dezernent Karsten Mankowsky
24. Herr Marcus Temburg
25. Herr Harald Vieten
26. Herr Dezernent Bijan Djir-Sarai
27. Herr Robert Abts
28. Herr Benjamin Josephs

---

## INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	4
2.	Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse.....	4
2.1.	Partnerschaftskomitee Europäische Nachbarn am 08.09.2016.....	4
2.2.	Schulausschuss am 06.10.2016.....	5
2.3.	Kulturausschuss am 07.11.2016.....	5
2.4.	Nahverkehrs- und Straßenbauausschuss am 08.11.2016.....	5
2.5.	Naturschutzbeirat am 15.11.2016.....	5
2.6.	Planungs- und Umweltausschuss am 29.11.2016.....	6
3.	Kenntnisnahme von Niederschriften.....	6
4.	Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Berichtszeitraum Oktober - Dezember 2016 Vorlage: 61/1757/XVI/2016.....	6
5.	Bericht zur Regionalarbeit Berichtszeitraum Oktober - Dezember 2016 Vorlage: 61/1758/XVI/2016.....	7
6.	Wirtschaftsförderung-und Beschäftigungsförderung ( Stand: November / Dezember) Vorlage: ZS5/1764/XVI/2016.....	8
7.	SGB II - Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften Vorlage: 50/1765/XVI/2016.....	9
8.	Bericht Fairtrade-Kampagne Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 013/1782/XVI/2016.....	10
9.	Anträge.....	10
9.1.	Antrag der Kreistagsfraktion UWG/Die Aktive vom 21.11.2016 zum Thema "Ausschuss vor Ort" Vorlage: 010/1768/XVI/2016.....	10
9.2.	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und FDP vom 29.11.2016 zum Thema "Zukunft der Schulsozialarbeit im Rhein-Kreis Neuss" Vorlage: 010/1784/XVI/2016.....	11
10.	Vorbesprechung der Tagesordnung der Sitzung des Kreistages am 21.12.2016 - öffentlicher Teil - .....	13
11.	Mitteilungen .....	13
12.	Anfragen .....	13
12.1.	Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.11.2016 zum Thema "BuT - Schulsozialarbeit" Vorlage: 010/1783/XVI/2016.....	13

## 1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

### Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Kreisausschuss beschlussfähig ist.

Den Abgeordneten lagen folgende Tischvorlagen vor:

zu Top 2 „Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse“	- 2.6 Niederschrift Naturschutzbeirat vom 15.11.2016 - 2.7 Niederschrift Planungs – und Umweltausschuss vom 29.11.2016
zu Top 8 „Bericht zur Fairtrade-Kampagne 2014 – 2016“	- Vorlage der Verwaltung <input checked="" type="checkbox"/>
zu Top 9 „Anträge“ und zu Top 12 „Anfragen“	- 9.2 und 12.1 „Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und FDP vom 29.11.2016 zum Thema „Zukunft der Schulsozialarbeit im Rhein-Kreis Neuss““ sowie „Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.11.2016 zum Thema „BuT – Schulsozialarbeit““ <input checked="" type="checkbox"/>
zu TOP 7 nÖ „Auftragsvergaben“	- 7.3 Schule am Nordpark in Neuss, Vergabe des Auftrages Sanierung Lüftungsanlage Schwimmbad <input checked="" type="checkbox"/>

Die mit  versehenen Tischvorlagen sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Kreistagsabgeordnete Kirsten Eickler merkte an, dass die Einladung Kreisausschuss noch nicht zugestellt worden sei und es weiterhin auch bei anderen Ausschüssen Probleme mit der Zustellung gebe.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke antwortete, dass die Verwaltung bereits einen Gesprächstermin mit dem Unternehmen vereinbart habe. Nach dem Gespräch erhoffe man sich Besserung.

## 2. Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse

### 2.1. Partnerschaftskomitee Europäische Nachbarn am 08.09.2016

**KA/20161213/Ö2.1**

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Partnerschaftskomitees Europäische Nachbarn vom 08.09.2016 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**2.2. Schulausschuss am 06.10.2016**

**KA/20161213/Ö2.2**

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Schulausschusses vom 06.10.2016 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**2.3. Kulturausschuss am 07.11.2016**

**KA/20161213/Ö2.3**

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Kulturausschusses vom 07.11.2016 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**2.4. Nahverkehrs- und Straßenbauausschuss am 08.11.2016**

**Protokoll:**

Kreistagsabgeordnete Kirsten Eickler sagte, dass die Niederschrift des Nahverkehrs- und Straßenbauausschusses noch nicht zugestellt worden sei.

Die Bestätigung des Nahverkehrs- und Straßenbauausschusses wird in den nächsten Kreisausschuss verschoben.

**2.5. Naturschutzbeirat am 15.11.2016**

**Protokoll:**

Kreistagsabgeordnete Susanne Stephan-Gellrich erkundigte sich danach, ob der Ausschussname geändert worden sei.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass durch das neue Landesnaturschutzge-

setz vom 15.11.2016 der „Landschaftsbeirat“ in „Naturschutzbeirat“ umbenannt worden sei.

### **KA/20161213/Ö2.5**

#### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Naturschutzbeirates vom 15.11.2016 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

## **2.6. Planungs- und Umweltausschuss am 29.11.2016**

#### **Protokoll:**

Kreistagsabgeordneter Wolfgang Wappenschmidt berichtete, dass laut News 89.4 die Dachdeckerinnung nach wie vor der Meinung sei, dass die Arbeitsplätze im Dachdeckerhandel durch die Neuregelung der Styroporentsorgung bedroht seien. Ursache sei eine unsaubere Entsorgungsregelung sowie die fehlende Darstellbarkeit der Kosten.

Ergänzend erklärte Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel, dass er ein Gespräch mit der Kreisinnung zu dem Thema geführt habe. Entgegen der Empfehlung der Bundesumweltministerin hätte das Landesumweltministerium beschlossen Styropor als gefährlichen Abfallstoff einzustufen. Dadurch ergebe sich eine besorgniserregende Situation. Die Preise für eine entsprechende Entsorgung würden rund 14.000 € betragen. Es gebe bereits Initiativen der Länder dazu. Wichtig sei es eine Lösung dafür zu finden, die den Druck aus den Müllverbrennungsanlagen zu nehmen und die Preise mindert.

Kreisdezernent Karsten Mankowsky erklärte, dass im Rhein-Kreis Neuss eine Lösung mit dem Entsorger gefunden worden sei. In der Wirtschaftssortieranlage könne Styropor angeliefert werden, wenn er mit anderen Abfällen vermischt ist. Dafür seien bestimmte Volumen und Gewichtsprozente vorgegeben. In der Praxis sei die Lösung auf Akzeptanz gestoßen. Nach den Hinweisen, dass die Lösung nicht praktikabel sei, werde er sich mit der Dachdeckerinnung in Verbindung setzen und dem nachgehen.

Die Bestätigung des Planungs- und Umweltausschusses wird in den nächsten Kreisausschuss verschoben.

## **3. Kenntnisnahme von Niederschriften**

#### **Protokoll:**

Es lagen keine Niederschriften zur Kenntnisnahme vor.

## **4. Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Berichtszeitraum Oktober - Dezember 2016 Vorlage: 61/1757/XVI/2016**

### **KA/20161213/Ö4**

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Braunkohleplanung und Energiewirtschaft Berichtszeitraum Oktober – Dezember zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**5. Bericht zur Regionalarbeit  
Berichtszeitraum Oktober - Dezember 2016  
Vorlage: 61/1758/XVI/2016**

**Protokoll:**

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies darauf hin, dass die Tagesordnung des Kreistages am 21.12.2016 um die Punkte „Metropolregion Rheinland“ sowie „REGIONALE“ erweitert werde. Für die Themen seien noch Beschlussfassungen erforderlich. Zum Thema „Metropolregion Rheinland“ gehe Landrat Hans-Jürgen Petrauschke davon aus, dass der grundsätzliche Beitritt in der kommenden Kreistagssitzung beschlossen werden könne. Die eigentliche Beschlussfassung könne jedoch erst erfolgen, wenn der endgültige Satzungsentwurf vorliege. Mit diesem sei in der zweiten Januarwoche zu rechnen. Am 20.02.2017 solle die Gründungsveranstaltung stattfinden. Da vorher kein Kreistag mehr tagt, schlage er vor, dass der Kreistag den Grundsatzbeschluss fasse und den Kreisausschuss im Januar ermächtigt die endgültige Beschlussfassung herbeizuführen.

Kreistagsabgeordneter Rolf Kluthausen erfragte, ob schon eine Abschätzung der Kosten vorläge, die auf den Kreis zukommen würden, wenn der Kreis sich bei der REGIONALE beteilige und bewerbe.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass es zwei angedachte REGIONALE gebe. Zum einen die „Niederrheinlande“, die den Rhein-Kreis Neuss bis zur niederländischen Grenze umfassen würde und zum anderen die REGIONALE im Zusammenhang mit der IRR. Die einzelnen Projekte angehe, gehe man davon aus, dass Einzelprojekte eine Bezuschussung des Landes nach bestimmten Programmen gebe und dazu ein kommunaler Eigenanteil erbracht werden müsse. Darüber hinaus werde es im Falle eines Zuschlages die Notwendigkeit geben eine gewisse Basisstruktur zu finanzieren. An den Kosten für die Grundausstattung dieser REGIONALE müsste man sich beteiligen.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel stellte klar, dass bei der Bewerbung der IRR die damit verbundenen Chancen mit den Kosten abgewogen werden sollten. Der Abbau der Braunkohle sei endlich und ein damit verbundener Strukturwandel stehe bevor. Deshalb müssten Ersatzarbeitsplätze geschaffen werden. Die Kosten-Nutzen-Relation sollte nicht außer Acht gelassen werden. Er schlage deshalb vor, dass 2020 in Richtung REGIONALE mit der IRR und 2022 in Richtung „Niederrheinlande“ geblickt werden sollte. 2022 würden schließlich die letzten Sicherheitsreserven vom Netz gehen.

Kreistagsabgeordnete Kirsten Eickler bat darum, nähere Unterlagen zu den beiden Projekten zu bekommen. Ebenso sollten ergänzende schriftliche Unterlagen zum Thema Metropolregion sofort weitergeleitet werden.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies darauf hin, dass im Kreistagsinformationssystem

tem die Bewerbungsunterlagen für die beiden REGIONALEN abrufbar seien. Die Tischvorlage zur Metropolregion werde ebenfalls vorab ins Netz gestellt werden.

2. stellvertretender Landrat Horst Frischer fragte bezüglich der Sitzung des Vorstandes zur Region Köln/Bonn, ob es zu dem Sondertagesordnungspunkt zum Thema Leverkusener Brücke einen genaueren Sachstand gebe, zumal es in der Presse heiße, dass es dort auch Klagen geben solle.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke bestätigte, dass es aufgrund der Angrenzung zu einer Mülldeponie das Verfahren durchaus behindert werden könnte. Dem Protokoll sind entsprechende Erläuterungen beigelegt.

### **KA/20161213/Ö5**

#### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Regionalarbeit Berichtszeitraum Oktober – Dezember 2016 zur Kenntnis.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

## **6. Wirtschaftsförderung-und Beschäftigungsförderung ( Stand: November / Dezember)**

### **Vorlage: ZS5/1764/XVI/2016**

#### **Protokoll:**

Kreistagsabgeordneter Rolf Kluthausen lobte die niedrigere Jugendarbeitslosenquote. Dies sei auf die gute Arbeit des Kreises zurückzuführen.

Auch Landrat Hans-Jürgen Petrauschke betonte, dass die Ziele der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen mit dem Rückgang der Jugendarbeitslosenquote um 18 % im Gegensatz zum Vorjahresmonat erreicht würden.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer widersprach und stellte klar, dass schon damals die Jugendarbeitslosenquote nicht hoch gewesen sei und der derzeitige Stand auf einen bundesweiten als auch landesweiten Trend zurückzuführen sei. Es sei von Interesse, in welche Maßnahmen die Mittel geflossen sind. Ein Bericht über den Mittelzufluss habe es bisher im Kreisausschuss nicht gegeben. Er beantrage deshalb im Kreisausschuss im Januar einen Bericht über den aktuellen Stand der Maßnahmen und Mittel zu bekommen.

Kreisdirektor Dirk Brügge berichtete, dass in der Trägerversammlung über die Erfolge der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen berichtet wurde. Die Maßnahmen würden aus Sicht aller Beteiligten den Jugendlichen helfen eine Arbeitsperspektive schaffen. Ohne die Maßnahmen würden sich die Chancen der Jugendlichen auf eine Integration am Arbeitsmarkt verringern. Die Erfolge würden sich auch in den Unterbeschäftigungsquoten der über und unter 25-Jährigen widerspiegeln. Der Rhein-Kreis Neuss liege mit diesen Quoten unter dem Bundes-, Landes- und Regionalschnitt.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel merkte an, dass dies gemeinsame Erfolge seien und alle gute Arbeit dazu geleistet hätten. Zudem trage die Ansiedlung von Firmen in

---

der Region zu der positiven Arbeitslosenquote bei.

### **KA/20161213/Ö6**

#### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung (Stand: November/Dezember 2016) zur Kenntnis.

## **7. SGB II - Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften**

### **Vorlage: 50/1765/XVI/2016**

#### **Protokoll:**

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke berichtete, dass der Bund mitgeteilt habe, dem Kreis pauschal rund 1,6 Mio. € für die Kosten der Unterkunft dieses dem Kreis zu geben. Den Städte und Gemeinden werde der Teil mit 50% noch in diesem Jahr zukommen. Bei der Entwicklung der Prozentsätze der Kostenerstattung des Bundes könne für das nächste Jahr davon ausgegangen werden, dass keine Pauschalen mehr gezahlt würden. Der Bund habe erklärt, dass die flüchtlingsbedingten Mehraufwendungen im SGB II Bereich zukünftig spitzabgerechnet werden sollen. Allerdings müsse man sich davon entbinden, dass in Zukunft Mehraufwendungen von den Städten und vom Kreis getragen werden müssten.

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel erfragte, ob im Dezember nur noch mit 4,22 % gerechnet werde, da sonst die 100% überschritten würden.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke antwortete, dass der Kreis auch davon ausgehe, da im Januar bereits eine überproportionale Steigerung stattgefunden habe und sich entsprechend auswirke. Grund dafür sei der Umstieg auf einen anderen Zahlungszeitraum gewesen.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel merkte an, dass im Januar 2015 15.616 Bedarfsgemeinschaften und im August 2016 15.667 Bedarfsgemeinschaften im Rhein-Kreis Neuss gegeben hätte. Er erfragte, worin die Ursache für die Stagnation liegen würde.

Kreisdirektor Dirk Brügge erwiderte, dass die Zahlen stabil seien. Dies sei zum jetzigen Zeitpunkt ein gutes Zeichen, da viele Flüchtlinge mittlerweile die Anerkennung auf Asyl bekommen haben. Damit würden sie aus dem Asylbewerberleistungsgesetz ins SGB II wechseln. Außerdem komme derzeit ein starker Zuwachs an EU-Ausländern aus dem Osten in das Kreisgebiet.

Eine zahlenmäßige Darstellung würde zur Übersicht hilfreich sein, so Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel.

Kreisdirektor Dirk Brügge versicherte, dass im nächsten Kreisausschuss die Zahlen differenzierter dargestellt würden.

### **KA/20161213/Ö7**

#### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss nimmt die SGB II- Entwicklungen der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**8. Bericht Fairtrade-Kampagne Rhein-Kreis Neuss  
Vorlage: 013/1782/XVI/2016****Protokoll:**

Kreispressesprecher Harald Vieten berichtete, dass im Rahmen der Fairtrade-Schulkampagne Schulen, die sich aktiv für eine gerechtere Welt und den fairen Handel einsetzen ausgezeichnet werden. Im Rhein-Kreis Neuss seien bereits neun Schulen als Fairtrade-Schule ausgezeichnet worden. Ziel sei es, die Schüler an das Thema Fairtrade heranzuführen.

**KA/20161213/Ö8****Beschluss:**

Der Kreisausschuss nimmt den „Bericht zur Fairtrade-Kampagne 2014 – 2016“ des Rhein-Kreises Neuss zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**9. Anträge****9.1. Antrag der Kreistagsfraktion UWG/Die Aktive vom 21.11.2016 zum  
Thema "Ausschuss vor Ort"  
Vorlage: 010/1768/XVI/2016****Protokoll:**

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel erläuterte, dass mit durch den Antrag die Ausschüsse des Rhein-Kreises Neuss mindestens einmal jährlich vor Ort tagen sollten. Die Tagung vor Ort hätte den Vorteil, dass sich die Mitglieder der Ausschüsse ein Bild über die jeweils anstehenden Themen machen könnten.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer erklärte, dass der Antrag überflüssig sei, da bereits in vielen Ausschüssen eine Tagung vor Ort bereits praktiziert werde.

Kreistagsabgeordneter Dr. Gert Ammermann ergänzte, dass die Wahl des Sitzungsortes im Ermessen des Ausschussvorsitzenden liege und nicht eingengt werden solle.

Kreistagsabgeordnete Birte Wienands fasste zusammen, dass der Vorschlag aus dem Antrag bereits so praktiziert werde, der Kreisausschuss jedoch die Regelung weiterhin befürworte und Vorsitzende dies nach Möglichkeit praktizieren sollten.

**KA/20161213/Ö9.1****Beschluss:**

Der Kreisausschuss stellt fest, dass die Möglichkeit vor Ort zu tagen verstärkt ausge-

---

weitert werden solle.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**9.2. Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und FDP vom 29.11.2016 zum Thema "Zukunft der Schulsozialarbeit im Rhein-Kreis Neuss" Vorlage: 010/1784/XVI/2016****Protokoll:**

Kreistagsabgeordnete Birte Wienands erläuterte, dass sich der Antrag mit der Zukunft der Schulsozialarbeit befasse. Grundsätzlich erhalte man positive Rückmeldungen von allen Beteiligten zur Schulsozialarbeit. Das einzige Problem sei die weitere Finanzierung. Die CDU sei für die Fortsetzung der Schulsozialarbeit und hoffe, dass die geplanten Ermächtigungen vom Land zum Tragen kommen. Jedoch bestehe die Befürchtung, dass dies zur Finanzierung nicht ausreiche. Die restlichen Kosten würden beim Kreis bleiben. Es handle sich allerdings nicht um eine originäre Kreis Aufgabe. Das bedeute, die Kosten wären bei den Kommunen anzusiedeln, die durch ihre finanzielle Lage die Problematik nicht lösen könnten.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel stellte klar, dass es bei der Diskussion ausschließlich um die Schulsozialarbeiter des Bundes- und Teilhabepaketes gehe. Diese müsse man von den Sozialarbeitern der Schule differenzieren. Der Bund habe sich aus der Finanzierung zurückgezogen mit der Begründung, es sei eigentlich Ländersache. Es handle sich dadurch um ein gemeinsames Problem. Das Land habe daraufhin gesagt, es übernehme 60% der Kosten. Die Mittel seien vom Land befristet worden. Das Land habe seine Finanzausgabe allerdings über 2017 hinaus um drei Jahre verlängert. Beim Kreis blieben noch 40 % der Kosten. Der Kreis wurde deshalb gebeten die Kosten darzustellen, die noch auf den Kreis zukommen könnten. Danach müssten die Kosten im Verhältnis zum Nutzen abgewogen werden. Auf Dauer müsse der Bund sich an den Kosten beteiligen.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer hob hervor, dass zwischen Schulsozialarbeit und BuT-Schulsozialarbeit unterschieden werden müsse. Der Unterschied bestehe auch in der Finanzierung. Die Schulsozialarbeiter der Schule würden vom Land bezahlt werden. Das BuT-Paket sei bereits von Beginn an befristet worden. Da die Schulsozialarbeiter aus dem BuT-Paket bezahlt würden, sei es auch weiterhin Aufgabe des Bundes dies für die Kinder, die BuT in Anspruch nehmen, sicherzustellen. Die Verwaltung habe vorgeschlagen mit den Kommunen weiter zu verhandeln und über Finanzierungsmöglichkeiten nachzudenken. Dies sei sehr wichtig, da die Arbeit weitergeführt werden müsse und die 40% finanziert werden müssten.

Ein weiterer Punkt, so Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer, sei das Teilzeit- und Befristungsgesetz. Die Schulsozialarbeiter könnten nicht mehr befristet beschäftigt werden. Es müsse ein Jahr nach der Übergangsregelung eine Entfristung erfolgen.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass der Bund die vollen Kosten SGB XII übernehmen würde und die anderen Aufgaben von den Ländern übernommen werden müssten. Der Kreis habe später mit der Finanzierung aus den BuT-Mitteln des Bundes angefangen, sodass bis Ende 2017 die Mittel für die Finanzierung reichen. Was ab 2018 mit den Stellen passiere, müsse noch geklärt werden. Die Schulsozialarbeiter seien derzeit befristet beim TZ Glehn angestellt. Für die betroffenen Schulsozialarbeiter sei dies zwar keine optimale Lösung, jedoch sei die Lage schon damals bekannt gewe-

sen sein. Wenn der Schlüssel des Landes weiterhin bei 60% liege, entstünden rund 30 Schulsozialarbeiter 1,5 Mio. € Personalkosten pro Jahr. Der kommunale Träger müsse dann etwa 60.000 € zahlen. Das Land habe bezüglich der Entfristung eine Verpflichtungsermächtigung bis 2018 vorgesehen. Dadurch gestalte sich eine völlige Entfristung schwierig. Wenn das Land die Aufgabe nicht ganz übernehme, müsse man überlegen, ob es bei der Anzahl der Schulsozialarbeiter bleibe und ob diese von kommunalen Trägern finanziert werden. Im Interesse der Beschäftigten wäre eine Klärung im ersten Quartal 2017 wünschenswert.

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink bemängelte, dass nach drei Jahren BuT-Finanzierung erst erkannt werde, dass ein erheblicher Bedarf bestehe. Es gestalte sich schwierig den Stellenplan des Kreises um 26 Stellen zu erhöhen. Es müsse eine klare Rechtsgrundlage geschaffen werden, damit die Zuständigkeit und auch die Finanzierung klar geregelt sei. Im Falle einer kommunalen Finanzierung müsste der 40% Anteil dauerhaft im Haushalt verankert werden. Deshalb müsse vorab eine Bedarfsanalyse durchgeführt werden. Wenn der Bedarf vorhanden sei, reiche die Ermächtigung für 2018 nicht aus.

Die Finanzierung und auch die Befristung seien von Beginn an bekannt gewesen, so Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel. Es müsse abgewartet werden, welche Alternativen die Verwaltung bezüglich der Finanzierung aufzeigen könne, damit die Schulsozialarbeit weiterbestehen könne.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke ergänzte, dass von der Verwaltung die Alternativen aufgezeigt würden, eine abschließende Entscheidung müsse aber auf kommunaler Ebene getroffen werden. Nach seiner Ansicht sei das Land in der Pflicht, die Kosten zu 100% zu übernehmen.

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink betonte den Zeitdruck, der hinter einer Entscheidung liegen werde.

Kreistagsabgeordneter Rolf Kluthausen berichtete, dass bei einer Veranstaltung des TZ Glehns drei Schulsozialarbeiterinnen ihre Arbeit überzeugend und beeindruckend dargestellt hätten. Diese Erfahrung hebe hervor, dass das Thema unbedingt weiter verfolgt werden müsse.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel hielt fest, dass aus der Darstellung des Berichtes und den Erfahrungen von Kreistagsabgeordneten Rolf Kluthausen die Sinnhaftigkeit der BuT-Schulsozialarbeit hervorgehe und die Arbeit weiter unterstützt werden müsse. Eine gute Zusammenarbeit sei dafür besonders wichtig.

1. stellvertretender Landrat Dr. Hans-Ulrich Klose meinte, dass die Schüler aus verschiedenen sozialen Milieus kommen und entsprechend auch unterschiedlicher hoher Bedarf an Schulsozialarbeitern bestehen. Deshalb schlage er eine schnelle Bedarfsanalyse vor, damit nicht vorschnell pauschal eine finanzielle Verpflichtung beschlossen werde.

Kreistagsabgeordneter Johann-Andreas Werhahn sagte, dass Sozialarbeit an allen Schulen ein Aspekt geworden sei, nicht nur bei speziellen Schultypen.

## **10. Vorberechnung der Tagesordnung der Sitzung des Kreistages am 21.12.2016 - öffentlicher Teil -**

### **Protokoll:**

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel regte zu der Besetzung der Gesellschafterversammlung der Digital Innovation Hub Düsseldorf/Rheinland GmbH an, als ordentliches Mitglied Kreisdezernent Bijan Djir-Sarai anstatt Kreisdirektor Dirk Brügge zu entsenden.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke ergänzte den Top „48. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Rommerskirchen“ um den Zusatz „Änderung des Landschaftsplanes“.

### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Tagesordnungspunkte 3, 8, 9, 13, 14 und 15 entsprechend der vorliegenden Beschlussvorschläge zu beschließen.

Die Tagesordnung des Kreistages wird um den Punkt TOP 10 „Metropolregion Rheinland“ und um TOP 11 „REGIONALE“ ergänzt.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

## **11. Mitteilungen**

### **Protokoll:**

Kreisdezernent Karsten Mankowsky berichtete, dass durch die Neuausschreibung eine günstigere Abfallentsorgungsmöglichkeit entstanden sei. Es werde mit Kosten von 170 €/pro Tonne gerechnet.

## **12. Anfragen**

### **12.1. Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.11.2016 zum Thema "BuT - Schulsozialarbeit"**

**Vorlage: 010/1783/XVI/2016**

### **Protokoll:**

Die Anfrage wurde bereits unter Top 9.2 behandelt.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Landrat Hans-Jürgen Petrauschke um 16:40 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.



**Hans-Jürgen Petrauschke**  
Landrat



**Janine Conrads**  
Schriftführung



## Mitteilungsvorlage

### TOP 9.1    **Neubau der Leverkusener Brücke A1**

**Kenntnisnahme:**

Der Vorstand des Region Köln/Bonn e.V. nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

**Mitteilung:**

Mit dem erforderlichen Neubau der Leverkusener Brücke plant der Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen (Straßen.NRW) im Auftrag des Bundesverkehrsministeriums den Um- und Ausbau der Autobahnen in Leverkusen.

Herr OB Richrath stellt die dreigeteilte Planung des Um- und Ausbaus der Autobahnen bei Leverkusen vor.

**Anlage\_TOP9.1\_1 Sachstand zum Um- und Ausbau der Autobahnen bei Leverkusen**

**Anlage\_TOP9.1\_2 Presseberichte zum Um- und Ausbau der Autobahnen bei Leverkusen**



Dr. Reimar Molitor  
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Anlage\_TOP9\_1

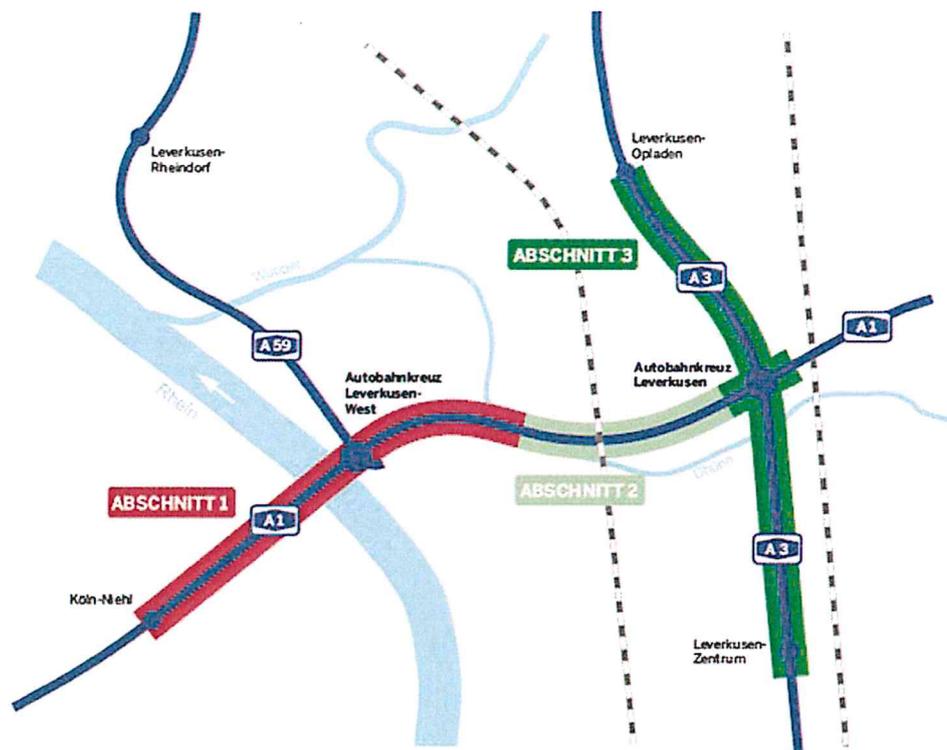
Sachstand zum Um- und Ausbau der Autobahnen bei  
Leverkusen

(Information der Stadt Leverkusen)

## Sachstand zum Um- und Ausbau der Autobahnen bei Leverkusen

Der Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen (Straßen.NRW) plant im Auftrag des Bundesverkehrsministeriums den Um- und Ausbau der Autobahnen in Leverkusen. Straßen.NRW hat eine dreigeteilte Planung entworfen, die folgende zeitliche Reihenfolge der durchzuführenden Maßnahmen (Bauabschnitte) vorsieht:

- Abschnitt 1: Kernstück des von der Anschlussstelle Köln-Niehl bis zum Autobahnkreuz Leverkusen-West reichenden Abschnittes ist der komplette Ersatz der Leverkusener Rheinbrücke durch eine Doppelbrücke (geplante Fertigstellung 1. Brückenteil: 2020; geplante Fertigstellung 2. Brückenteil: 2023).
- Abschnitt 3: Dieser Abschnitt umfasst die A3 zwischen den Anschlussstellen Leverkusen-Zentrum und Leverkusen-Opladen. Hierzu gehören auch der Umbau des Autobahnkreuzes Leverkusen und der Anschlussstelle im Zentrum.
- Abschnitt 2: Ersatzneubau/Verbreiterung des über ein rund 900 Meter langes aufgeständertes, im Volksmund als „Stelze“ bezeichnetes Brückenbauwerk durch den Stadtteil Küppersteg zwischen den Autobahnkreuzen Leverkusen und Leverkusen-West, alternativ als Tunnel- oder Troglösung.



## **Bauabschnitt 1**

### **Stand des Planfeststellungsverfahrens:**

Für den Abschnitt 1 läuft aktuell das Planfeststellungsverfahren bei der Bezirksregierung Köln. Die Planunterlagen von Straßen.NRW sehen den Abriss der heutigen Autobahnbrücke und den Neubau einer Doppelbrücke über den Rhein vor. Hierfür wird ein Eingriff in die Altablagerung Dhünnaue erforderlich.

Die Stadt Leverkusen hat sich innerhalb der Einwendungsfrist zu den Ausbauplanungen geäußert. Am 18.01.2016 hat der Stadtrat die Stellungnahme zum Planfeststellungsverfahren beschlossen. Die geplante Doppelbrücke samt notwendiger Eingriffe in die Deponie ist dabei nicht abgelehnt worden. Allerdings wurden zahlreiche Bedenken, Anregungen und Hinweise aus den Bereichen Finanzen, Umwelt, Straßenverkehr, Stadtplanung, Tiefbau und Stadtgrün vorgetragen.

Der Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung Köln liegt gegenwärtig (Stand: 21.11.2016) noch nicht vor, wird jedoch mit einer Ausfertigung des festgestellten Planes in der Zeit vom 24.11.2016 bis 08.12.2016 (einschließlich) zur allgemeinen Einsichtnahme in den Städten Leverkusen, Köln und Monheim öffentlich ausgelegt. Zudem können der Planfeststellungsbeschluss und der festgestellte Plan auch bei Straßen.NRW eingesehen werden.

Die Stadt Leverkusen wird sehr genau prüfen, ob die in der Stellungnahme vom 18.01.2016 benannten Bedenken, Anregungen und Hinweise ausreichend und zufriedenstellend berücksichtigt wurden.

### **Deutliche Kritik des Rates an den Kommunikationsprozessen von Straßen.NRW:**

Der Rat der Stadt Leverkusen hat sich in seiner Sitzung am 07.11.2016 mit dem Autobahnausbau in Leverkusen befasst. Der Schwerpunkt der Beratungen lag auf dem Bauabschnitt 1. Dazu wurde auf Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Opladen Plus einstimmig folgender Beschluss gefasst:

*„Der Oberbürgermeister der Stadt Leverkusen wird beauftragt, mit Straßen.NRW ein transparentes, zielgerichtetes und nachhaltiges Vorgehen auszuhandeln und festzulegen, das die Leverkusener Bevölkerung proaktiv und umfassend über die im Rahmen des Brückenneubaus beabsichtigten Eingriffe in die Altlast Dhünnaue informiert, aufklärt und die Vorbehalte der Menschen ernsthaft aufgreift.“*

Alle weiteren Tagesordnungspunkte zum Thema hat der Rat in seine nächste Sitzung am 19. Dezember 2016 vertagt. In der Aussprache des Rates wurde massiv kritisiert, dass Straßen.NRW seit über einem halben Jahr kommunikativ nicht mehr präsent ist.

Auf Dauer erwartet der Rat ein durchgängiges Kommunikationskonzept und eine dauerhaft sichtbare Präsenz in Leverkusen (Info-Box o.ä.).

Derzeit kann nicht ausgeschlossen werden, dass der Rat in seiner Mehrheit eine Blockadeposition einnehmen oder Sand in das Verfahren des dringend erforderlichen Brückenneubaus streuen wird und damit alle geplanten Zeitschienen über den Haufen wirft. Die Stadtverwaltung hat die klare Botschaft erhalten, dass der Rat künftig über jede noch so kleine Einzelheit im Zusammenhang mit dem Autobahnausbau informiert werden und alle Entscheidungen selber treffen will.

### **Öffentliche Diskussionen:**

Die öffentliche Debatte zum Um- und Ausbau der Autobahnen in Leverkusen wird in jüngster Zeit von den beiden Themen

- Eingriff in die Deponie und
- langer Rheintunnel, von dem behauptet wird, er vermeide diesen Eingriff,

beherrscht. Viele Menschen haben in den 80er und 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts die aufwändige Abdichtung der Deponie und den langen Prozess dahin mit Aufgabe eines ganzen Wohnquartiers und der Umsiedlung hunderter Bewohner miterlebt. Deshalb ist das Thema vor Ort mit starken Emotionen verbunden – belastbare Fakten, transparente Informationen und eine kritische Würdigung aller Schwierigkeiten und Gefahren im Rahmen einer Abwägung sind deshalb keine unverhältnismäßige, sondern eine berechnete Forderung, zumal die Bürgerinitiativen, die diese Variante fordern, einen enormen Zulauf erfahren.

Anlage\_TOP9\_2

Chronologische Sammlung der Presseberichte zum  
Um- und Ausbau der Autobahnen bei Leverkusen  
(Ende September bis Mitte November 2016)

# Leverkusener Anzeiger

Kölner Stadt-Anzeiger | Region | Leverkusen | Stadt Leverkusen

## Initiative „Lev muss leben“: Spontaner Protest um die Deponie im Neulandpark

Von Jan Sting 20.11.16, 17:48 Uhr



„Deponie öffnen? Finde ich gut“, sagt der Knochenmann rechts im Bild. Da war er der Einzige.

Foto: Britta Berg

**Leverkusen -** Drachen stiegen, der Wind pustete die Spaziergänger durch – der Neulandpark war auch am Sonntagnachmittag wieder Ziel vieler Freizeithungriger. Doch binnen Minuten bewegte sich auf der geschwungenen Brücke des Parks eine Menschenmenge mit Atemmasken, die an Peking, Smog und Störfall denken ließ.

Rund 200 Teilnehmer eines Flashmobs, einer spontanen Kundgebung, waren dem Aufruf der Initiative „Lev muss leben“ gefolgt und gaben ihren Forderungen Nachdruck, dass Straßen NRW die Finger von der Deponie lassen soll.

### „Wir haben immer mehr Angst“

„Es wird uns immer gesagt, dass wir keine Angst haben sollen, dass man alles im Griff hat. Wir haben jedoch immer mehr Angst“, erklärte die Initiatorin des „Flashmobs“ Andrea Kittel. Sie war überwältigt, wie viele dem spontanen Aufruf gefolgt waren.

Enttäuscht zeigte sie sich allerdings über die Reaktion von Greenpeace. „Lev muss Leben“ hatte die Umweltorganisation um Unterstützung gebeten. Gehe es doch auch um den Rhein, der durch Anbohren der Deponie in Gefahr geraten könnte. „Von Greenpeace kam nichts. Die haben uns an regionale Umweltverbände verwiesen“, sagt Kittel.

Kleinhalten ist aber nichts für Kittel, einer quirligen Aktivistin, die es bei Slogans nicht belässt. Es gehen bald diverse E-Mails an den Bundestag, ganz vornweg an Bärbel Höhn, Anton Hofreiter, Sahra Wagenknecht aber auch an Martin Schulz und Karl Lauterbach. Sie erhalten Bilder von der Demonstration. Wenn Landesmutter Hannelore Kraft am Mittwoch, 7. Dezember, zu Besuch in Leverkusen ist, um Bayer zum 125-jährigen Geburtstags des Werks am Rhein zu gratulieren, dann wird demonstriert.

### Sorge, dass Gift die Luft und das Grundwasser verseucht

Dann soll auch an die Kehrseite der Medaille erinnert werden: 125 Jahre Bayer-Giftmüll. Wohl kaum ein Unternehmenserbe sorgt derzeit für so viel Sorgen wie die Deponie. „Als Laie weiß ich gar nicht, was da drin ist“, sagt die Kupperstegerin Anja Bryx. Werde die Deponie angebohrt, gelange Gift in Grundwasser und in die Luft, ist

sie überzeugt.

Bilder aus den 80er-Jahren kommen bei ihr wieder hoch, als sich die Krebserkrankungen bei den Anwohnern der Deponie gemehrt hätten. Auch Monika Haase-Meier ärgert sich. Als man die Landesgartenschau anlegte und die Altlast abdichtete, habe es so ausgesehen, als sei für Hunderte Jahre Ruhe. „Jetzt wird wieder gemauschelt und Bayer verdient bestimmt durch den Abtransport.“

# L Leverkusener Anzeiger

Kölner Stadt-Anzeiger | Region | Leverkusen | Stadt Leverkusen

## A1-Ausbau: Neue Leverkusener Rheinbrücke genehmigt – so soll es weitergehen

Von Bert-Christoph Gerhards 17.11.16, 06:00 Uhr



So könnte die neue Leverkusener Rheinbrücke einmal aussehen.  
Foto: Straßen NRW

**Leverkusen** - Der Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung Köln für den Neubau der Leverkusener Rheinbrücke mit allen notwendigen Folgemaßnahmen ist ergangen und wird vom 24. November bis 8. Dezember in Leverkusen, Köln und Monheim öffentlich ausgelegt. Das hat Oberbürgermeister Uwe Richrath am Mittwoch im Amtsblatt der Stadt Leverkusen angekündigt und den Spitzen von Rat und Verwaltung mitgeteilt. Das amtliche Dokument, das sinngemäß die Baugenehmigung für das Projekt von Straßen NRW darstellt, trägt das Datum vom 10. November und umfasst über 1000 Seiten. Aus ihm geht hervor, ob und inwieweit Bedenken und Anregungen aus dem öffentlichen Beteiligungsverfahren berücksichtigt worden sind. Gegen den Beschluss kann nur noch vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig geklagt werden.

### Dokument wird ausgelegt

Das Dokument liegt zurzeit noch nicht in Leverkusen vor. Es kann vom nächsten Donnerstag an im Baudezernat der Stadtverwaltung, im Elberfelder Haus, Hauptstraße 101, Raum 205, während der Dienststunden eingesehen werden. Ihre Klageabsicht gegen die Planung haben bereits die der Bürgerliste nahestehenden Initiativen NGL und IFLK über ihre Aktion „Lev muss leben“ angekündigt.

Bürgerlisten-Chef Erhard Schoofs hat außerdem zu einer Demonstration am 7. Dezember in Wiesdorf aufgerufen. An diesem Tag wird Ministerpräsidentin Hannelore Kraft als Festrednerin beim Bayer-Standortjubiläum „125 Jahre Werk am Rhein Leverkusen“ im Erholungshaus erwartet. „Wir werden Frau Kraft bitten, uns eine halbe Stunde Zeit zu opfern“, kündigt Schoofs über Facebook an. Dann werde man ihr die „üblen Autobahnplanungen ihres Ministers Groschek“ erläutern. Außerdem kündigt Schoofs für den Januar eine Benefizveranstaltung mit dem Kabarettisten Wilfried Schmickler und heimischen Bands im Kulturausbesserungswerk an. Die dort erzielbaren Einnahmen sollen für zu erwartende Prozesskosten eingesetzt werden.

### Gespräch mit Groschek

In der Zwischenzeit haben Vertreter der „L Leverkusener Initiativen für Verkehrsplanung“ (Liv) Landesverkehrsminister Michael Groschek in dessen Amtssitz besucht. Nach einer wiederholten Einladung nach Leverkusen hatte Groschek zum Gespräch ins Ministerium gebeten, wo die Sprecher Friedrich Jonas, Wolfgang Otternberg und Peter Westmeier sowie Stelzen-Anwohnerin Elke Hamm ihren Wunsch nach einer A1 in Tunnellage und einem Durchgangstunnel der A3 unter dem Leverkusener Kreuz hindurch vortragen konnten.

„In guter Gesprächsatmosphäre“ sei offen diskutiert worden, berichtete Otternberg danach. So musste sich der

Minister auch den Vorwurf anhören, in Sachen Altlastendeponie nicht ausreichend informiert zu haben. Konkret zu den Chancen einer Tunnellösung befragt, dämpfte Groschek die Erwartungen: Ab 2020 sei er nicht mehr zuständig, da der Bund den Autobahnbau in seine Verantwortung übernehme. Die Bund-Länder-Vereinbarung darüber sei im Oktober geschlossen, das Grundgesetz dafür bereits geändert worden. Damit werde eine Berücksichtigung der Leverkusener Wünsche kaum einfacher werden.

### **Die Politik ist gefordert**

Otternberg berichtet über Groscheks Aussage in dem Gespräch: „Zwar habe er Bundesverkehrsminister Dobrindt die Tunnelvarianten zur Prüfung nachgereicht, aber bei einer reinen Kosten-/Nutzenrechnung werde sich dieser natürlich für die preiswertere Lösung, will heißen Stelze, entscheiden. Groschek sagte es deutlich: Eine Entscheidung pro Tunnel kann nur über die politische Schiene erfolgen. Hier seien jetzt Kommunal-, Landes- und Bundespolitiker gefordert, ihren Einfluss geltend zu machen und sich für eine Leverkusener Lösung einzusetzen.“

# Leverkusener Anzeiger

Kölner Stadt-Anzeiger | Region | Leverkusen | Stadt Leverkusen

## Leverkusener Brücke: Umweltschützer halten Rheinbrücken-Neubauplan für „blauäugig“

03.11.16, 14:45 Uhr



Blick über die Leverkusener Brücke  
Foto: Ralf Krieger

**Düsseldorf/Leverkusen** - Wo kommendes Jahr die Grundpfeiler für die neue Leverkusener Rheinbrücke an der A1 errichtet werden sollen, liegen derzeit noch Altlasten einer früheren Giftmülldeponie. Nordrhein-Westfalens Verkehrsminister Michael Groschek (SPD) hält die Risiken, die das Bauvorhaben deshalb mit sich bringt, aber für beherrschbar.

Man nutze eine Reihe technischer Maßnahmen, damit bei den Bauarbeiten keine schädlichen Stoffe nach außen treten könnten. Zudem werde es ständig Messungen geben, schrieb Groschek in seiner Antwort auf eine Anfrage des CDU-Abgeordneten Klaus Vossemer. Am Donnerstag beschäftigte sich der Verkehrsausschuss des Landtags mit dem Thema.

Die Arbeiten für die neue, dringend benötigte Brücke sollen im kommenden Jahr beginnen. Die fast 50 Jahre alte derzeitige Rheinbrücke ist derart marode, dass sie nicht mehr zu retten ist.

Naturschützer kritisieren die Neubaupläne und den Verkehrsminister. „Die Aussagen sind blauäugig“, sagte BUND-NRW-Pressesprecher Dirk Jansen. Der Neubau auf dem Gelände der ehemaligen Deponie berge kaum abschätzbare Gefahren.

Die Halde ordentlich zu versiegeln habe viel Zeit und Geld gekostet. „Piekst man sie jetzt wieder an, dann birgt das Gefahren genauso wie der spätere Abtransport des Materials“, sagt Jansen. Es schlummere ein riesiger Chemiecocktail dort im Boden. Daher sei es falsch, einen Persilschein auszugeben und von kontrollierbaren Risiken zu sprechen.

Nach Angaben der Landesbehörde Straßen.NRW gilt allerdings ein großer Teil des auszuhebenden Bodens - insgesamt 88 000 Kubikmeter - als unbelastet. Auch hätten 150 Probebohrungen bisher keine Überraschung zu Tage gefördert. „Wir wissen, was uns erwartet“, sagte Behördensprecher Bernd Löchter. Zudem könne der Landesbetrieb auf Erfahrungswerte aus anderen Projekten zurückgreifen.

Die Industrie- und Handelskammern im Rheinland (IIR) forderten einen zügigen Baubeginn für die Brücke. Schutz- und Abwehrmaßnahmen dürften nicht zu Verzögerungen führen. „Der Ausfall dieser europaweit wichtigen Rheinquerung führt zu enormen betriebs- und volkswirtschaftlichen Schäden“, sagte Gregor Berghausen für die Handelskammern.

Das betroffene Areal hat eine bewegte Geschichte: Unter anderem hatte der Chemiekonzern Bayer bereits vor dem Zweiten Weltkrieg und bis in die 60er-Jahre hinein das Gelände als Werksdeponie genutzt und dort Bauschutt (70 Prozent), aber auch teils hochgiftige Abfälle (15 Prozent) entsorgt. So finden sich dort etwa krebserregende Schwermetalle wie Blei.

Später entstand auf der stillgelegten Deponie eine Siedlung. Bewohner erkrankten an Krebs, einige starben. Einen direkten Zusammenhang zwischen der belasteten Deponie und den Krebsfällen konnte aber laut Bayer-AG nie festgestellt werden. Trotzdem wurden die Menschen umgesiedelt, die Häuser abgerissen und die Deponie schließlich aufwendig versiegelt. Schließlich entstand auf dem Areal eine Parklandschaft. 2004 fand die Landesgartenschau dort statt. (dpa)

# Leverkusener Anzeiger

Kölner Stadt-Anzeiger | Region | Leverkusen | Stadt Leverkusen

## Autobahn-Ausbau in Leverkusen: Gelächter im Stadtrat über Vorschlag der Bürgerliste

Von Bert-Christoph Gerhards 28.09.16, 08:18 Uhr



Die Autobahn soll hier unter die Erde, wünscht der Stadtrat. Land und Bund planen dagegen eine Verbreiterung.  
Foto: Ralf Krieger

**Leverkusen-Stadt** - Es war ein Gejohle, Lachen und Schenkelklopfen wie in einer Karnevalssitzung. Dabei tagte hier nicht die KG Löstije Verzällcher, sondern der Leverkusener Stadtrat zum heiklen Thema Autobahnausbau. Und es fanden auch nicht alle gleich lustig.

Anlass für den gewaltigen Heiterkeitsausbruch im Ratssaal war der Versuch von Bürgerlisten-Chef Erhard Schoofs, auf die Nachfrage von SPD-Wortführer Peter Ippolito hin seine Idee einer Kombi-Lösung zu erläutern. Die soll, wie ein in dieser Woche in Umlauf kommendes Flugblatt der Bürgerliste und ihrer Initiativen ausführt, einen langen Autobahntunnel vom Bürgerbusch bis Köln-Merkenich für den Durchgangsverkehr mit einer einfach reparierten, vierspurigen Rheinbrücke kombinieren. Das Versprechen: Damit fiel die Autobahnstelze weg, der Hauptverkehr verschwinde mit seinem Lärm und Dreck unter der Erde und alle Autobahnanschlüsse blieben erhalten.

Noch während Schoofs wortreich versuchte, das Funktionieren dieser Konstruktion plausibel zu machen, verbreitete sich Tumult im Saal. Schon die Ankündigung des Schoofs'schen Vortrags durch dessen Mitstreiter Peter Viertel, „Erklärung ist bei uns Chefsache“, hatte Heiterkeit ausgelöst. Nun lachte sich der Saal schlapp bis Schoofs bei Ausschöpfung seiner begrenzten Redezeit das Mikrofon abgedreht wurde.

### Schoof-Konzept funktioniert nicht

Unsinnig und unstimmig kommentierte sodann Ippolito die vermeintliche Lösung, für die die Bürgerliste die Zustimmung ausgewählter Fachleute angeführt hatte. „Sie können uns nicht erklären, wie sie die Fahrzeuge von der A3, ob sie nun von Frankfurt oder von Oberhausen kommen, auf eine A1 geleitet bekommen, die am Leverkusener Kreuz schon in einem Tunnel unter der Erde liegt. Und der Anschluss der A59 funktioniert dann genauso wenig. Sie würden also weiterhin die Stelze benötigen. Herr Schoofs, Ihre heutige Erklärung ist absolut entlarvend.“

Dem pflichtete auch Frank Schönberger (CDU) vehement bei. Die Verknüpfungen der Verkehrswege funktionierten im Schoofs-Konzept nicht, für die Stadt wäre damit so wenig gewonnen wie für den Autobahnverkehr. Auch er ging Schoofs persönlich an: „Entweder Sie wollen uns und die Bürger täuschen oder Sie können sich einfach nicht ausdrücken. In beiden Fällen gehören Sie nicht hierher“, sagte der Parteivorsitzender unter dem Gejohle weiter Teile des Rates.

Ähnliches hat Schoofs zuvor der Stadtverwaltung vorgeworfen, die in einem Ratsprotokoll einen Tunnel

„zwischen Rhein und Autobahnkreuz“ notiert habe, obwohl die Autobahn nach dem Willen der Ratsmehrheit doch erst ab dem Wasserturm in Tieflage geführt werden sollte. Eine Erklärung dafür, bekam er auch nicht. Am Ende wurden alle Anträge der Bürgerliste abgelehnt. Ein Grünen-Antrag, den Neulandpark vor Autobahnlärm zu schützen, wurde angenommen. Ihn hatte ursprünglich einmal die Bürgerliste gestellt.

3  2  später lesen

28. September 2016 | 00.00 Uhr

Leverkusen

## Kritik: Groschek setzt sich nicht für Tunnel ein



**Leverkusen.** Der NRW-Verkehrsminister hat eine Tunnellösung statt neuer Megastelze nicht an den Bund weitergemeldet, wie das Ministerium bestätigt. Für die Leverkusener sei das ein "verheerendes Signal", wettet CDU-Ratscherr Rüdiger Scholz. **Von Ludmilla Hauser**

Morgen kommt Michael Groschek nach Leverkusen. Den Weg zur A1-Brücke kennt der NRW-Verkehrsminister bereits. Mehrfach ist er im Brückeninneren der Rheinquerung gewesen, um sich die Schäden anzusehen. Morgen kommt er wegen der offiziellen Inbetriebnahme der ersten Lkw-Sperre an die A1. Und darf sich auf Kritik gefasst machen. Nicht an den Sperren, sondern wegen der A1 ein Stück weiter in Richtung BayArena. Denn für "Tunnel statt Stelze", so schimpft CDU-Ratscherr Rüdiger Scholz, setzte sich Groschek nicht genügend ein. "Das Signal, dass Minister Groschek gegeben hat, ist für Leverkusen verheerend."

Das Signal ist dies: Vor ein paar Wochen schickte der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Klaus Vossemer, auf Bitten von Scholz eine Anfrage an die Landesregierung, um zu klären, ob Groschek den Tunnel als Ersatz für die marode A1-Stelze in Küppersteg auch nach Berlin gemeldet hat.

Nun gab es die Antwort von Groschek auf die Frage: "Welche Variante hatte die Landesregierung im Vorfeld der Erstellung des Bundesverkehrswegeplans 2030 dem Bundesverkehrsministerium gemeldet?" Darin heißt es unter anderem: "Für den BVWP (Bundesverkehrswegeplan, d. Red.) wurde zunächst die unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben zum Immissions- und Umweltschutz günstigste Variante gemeldet." Also die Stelze. Es geht weiter: "Der Bund weist darauf hin, dass dies in den nachfolgenden Planungsstufen geändert werden kann. Bund und Land haben sich darauf verständigt, auch eine Tunnelvariante zu bewerten."

Für Scholz kommt das einem Schlag ins Gesicht gleich: "Mit seiner Entscheidung, den Tunnel nicht als Alternative für die Stelze nach Berlin zu melden, hat Groschek den Bürgern in Leverkusen einen Bärendienst erwiesen", kommentiert er.

Während in der Stadt die Emotionen offenbar wieder zu köcheln beginnen, sieht man das Thema im NRW-Verkehrsministerium nüchtern: "Hier muss man abwägen, ob es verkehrliche Gründe für eine andere Lösung als die erweiterte Stelze gibt", sagte gestern ein Sprecher. Lügen die nicht vor, werde erstmal die günstigste Variante dem Bund vorgeschlagen. Das Ministerium beziffert: "Die Kostenschätzung für die Brückenvariante liegt bei ca. 300 Mio. Euro, die für die Tunnelvariante bei ca. 560 Mio. Euro. Dabei sind die erheblichen Betriebs- und Erhaltungsmehrkosten für die Tunnelvariante nicht berücksichtigt."

Verloren ist noch nicht alles im Kampf gegen die Stelze: Denn zum Thema Tunnel oder Stelze läuft noch die Machbarkeitsstudie. Sie ist "zurzeit noch in der Endbearbeitung durch den Landesbetrieb Straßenbau". Groschek hat in der vergangenen Woche die Stadt darüber informiert, dass der Bund für die Bundesfernstraßen samt Finanzierung zuständig sei, aber noch nicht entscheiden könne, weil die Variantenuntersuchung noch nicht abgeschlossen sei. Das Ergebnis der Bewertung einer Tunnelvariante sei frühestens im November zu erwarten, berichtete Oberbürgermeister Uwe Richrath den Ratspolitikern. Ist das Gutachten da, kann Leverkusen handeln. "Wenn der Bund sagt, ich brauche den Tunnel für eine gut funktionierende Autobahn nicht, muss man überlegen, ob es städtebauliche Gründe für einen Tunnel geben könnte",

skizziert der Ministeriumssprecher auf Anfrage unserer Redaktion. Dann müsste die Stadt einen Antrag stellen, Geld für den Tunnel aus der Städtebauförderung des Landes zu bekommen. "20 Prozent der Kosten für einen Tunnel müsste sie dann aber selber stemmen", sagt der Sprecher.

Für Rüdiger Scholz ist das kein Trost: "Wenn schon zu Beginn des Verfahrens die ministerielle Unterstützung aus Nordrhein-Westfalen für den Tunnel fehlt, glaubt doch niemand, dass Herr Groschek uns im weiteren Verfahren unterstützen wird", moniert er.

Hier geht es zur Bilderstrecke: [Demo gegen A1-Stelze in Leverkusen](#) >

Quelle: RP



<http://www.rp-online.de/nrw/staedte/leverkusen/kritik-groschek-setzt-sich-nicht-fuer-tunnel-ein-aid-1.6290411>

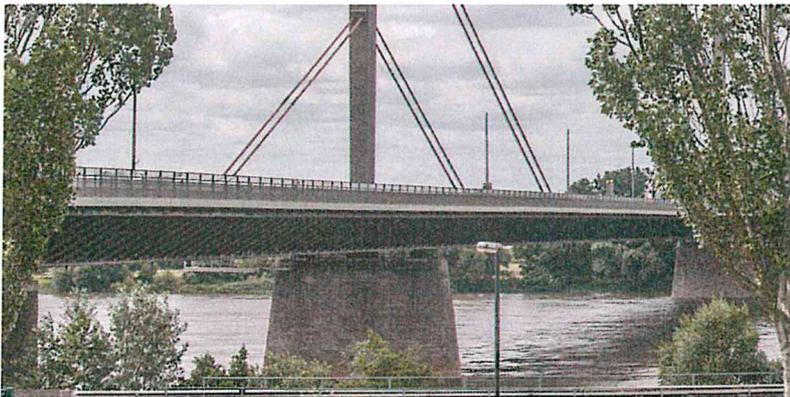
© RP Digital | Alle Rechte vorbehalten.

# L Leverkusener Anzeiger

Kölner Stadt-Anzeiger | Region | Leverkusen | Stadt Leverkusen

## Marodes Bauwerk: 740 Millionen Euro für die neue Leverkusener Rheinbrücke

21.09.16, 18:04 Uhr



Die Leverkusener Rheinbrücke  
Foto: Ralf Krieger

**Leverkusen** - Für die Erneuerung der maroden Leverkusener Brücke an der Autobahn A1 zahlt der Bund eine dreistellige Millionensumme.

Das kündigte Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) am Mittwoch in Berlin an. Er gab ein Investitionspaket in Höhe von gut zwei Milliarden Euro für Straßenprojekte in zehn Ländern frei.

### Geld für den Neubau der A1-Brücke

Mit 740 Millionen Euro geht das meiste Geld nach NRW für das Projekt an der Autobahn 1, das auch den Neubau der Rheinbrücke umfasst. Zuvor hatte bereits die „Rheinische Post“ (<http://www.rp-online.de/nrw/staedte/leverkusen/alexander-dobrindt-bund-gibt-740-millionen-euro-fuer-a-1-bruecke-aid-1.6273904>) über die Summe berichtet.

Dobrindt leite damit rund ein Drittel des Gesamtpakets nach NRW, sagte NRW-Verkehrsminister Michael Groschek (SPD) in Düsseldorf.

„740 Millionen Euro als Sonderfinanzierung zusätzlich zu den über eine Milliarde Euro, die wir ohnehin in 2016 verbauen werden, sind ein toller Leistungsnachweis für unsere Planungsbehörden und den Landesbetrieb Straßen.NRW.“

### Rheinbrücke seit zwei Jahren für Lkw gesperrt

Die Leverkusener Brücke ist Teil des Kölner Rings, der zu den meistbefahrenen Autobahnabschnitten in Deutschland gehört. Um die Stabilität nicht weiter zu gefährden, dürfen 3,5 Tonnen schwere Lastwagen die Brücke seit zwei Jahren nicht mehr befahren.

Dies wird aber tagtäglich missachtet. Erschütterungen durch schwere Lkw gelten als Hauptgrund für die zahlreichen Schäden an der altersschwachen Brücke.

### Pläne für den Neubau sind fast fertig

Die Pläne für einen Neubau sind laut Straßen.NRW fast fertig: Für Jahresende ist der Planfeststellungsbeschluss geplant, 2017 soll Baubeginn sein. Die erste Hälfte soll im Jahr 2020, der zweite Teil bis 2023 stehen.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete und frühere NRW-Verkehrsminister Oliver Wittke kritisierte: „Es regnet schon wieder Brei und NRW hat immer noch keine Löffel.“

Nach seiner Lesart ist NRW unter 23 neuen Projekten kein einziges Mal bedacht, „weil die Planungsreserven aufgebraucht und keine neuen Planfeststellungsbeschlüsse gefasst wurden.“

Nur weil es - als Novum - nun auch für ein Projekt noch ohne Baureife eine Finanzierungszusage gebe, komme NRW an die 740 Millionen Euro für die Brücke.

Schon 2015 seien von insgesamt 2,7 Milliarden Euro nur 128 Millionen Euro an NRW geflossen. (dpa)

16  8  später lesen

22. September 2016 | 06.20 Uhr

Leverkusen

# A1-Rheinbrücke deutlich teurer



**Düsseldorf.** 740 Millionen Euro stellt der Bund für den Umbau der A1 zwischen Köln und Leverkusen bereit. Davon werden 600 Millionen Euro für die neue Brücke veranschlagt. Doch das wird nicht reichen. **Von Jan Drebes, Susanne Genath und Detlev Hüwel**

Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) hat für Bundesstraßen in Deutschland 2,1 Milliarden Euro an finanziellen Mitteln freigegeben. Davon fließen 740 Millionen Euro, also mehr als ein Drittel, nach NRW. Die gesamte Summe kommt einem einzigen Projekt zugute, dem Ausbau der Autobahn 1 zwischen Köln und Leverkusen mit der neuen Rheinbrücke. Das geht aus der am Mittwoch veröffentlichten Aufstellung des Ressorts für insgesamt 24 Projekte in zehn Bundesländern hervor, über die unsere Redaktion vorab berichtete.

Trotz des nun bewilligten Geldes erwartet der zuständige Landesbetrieb Straßenbau NRW jedoch keine Beschleunigung beim Bau der Brücke – und damit keine frühere Entspannung der Verkehrslage. Erst 2023 soll die neue Brücke mit acht Fahrspuren eröffnen, sagte ein Sprecher. Allein der Brückenneubau soll rund 600 Millionen Euro kosten. Die tatsächlichen Baukosten für die Brücke aber dürften deutlich darüber liegen, hieß es. Die Brücke werde aber kein weiteres Großprojekt, das

sich wie der Berliner Flughafen oder Stuttgart 21 als Millionengrab erweise, versicherte ein Sprecher von Straßen.NRW.

### **NRW erhält von allen Bundesländern das meiste Geld**

Die von Dobrindt bewilligten 740 Millionen Euro stehen allerdings nicht nur für die Brücke zur Verfügung. 410 Millionen Euro sollen für die Instandhaltung der Autobahn 1 und der Zufahrten zwischen Köln- Niehl und dem Kreuz Leverkusen verwendet werden. Und auch die marode Brücke muss nach Angaben von Straßen.NRW bis mindestens 2020 erhalten bleiben. Mit Baubeschleunigung habe das nichts zu tun, sagte der Sprecher.

NRW-Verkehrsminister Michael Groschek (SPD) zeigte sich dennoch zufrieden. "740 Millionen Euro als Sonderfinanzierung zusätzlich zu den über eine Milliarde Euro, die wir ohnehin in 2016 verbauen werden, sind ein toller Leistungsnachweis für unsere Planungsbehörden und den Landesbetrieb Straßenbau NRW", sagte er am Mittwoch.

Bundesverkehrsminister Dobrindt leite damit einen großen Teil des Gesamtpakets nach NRW. "Das ist der Treibstoff, der unsere Bagger rollen lässt", sagte Groschek. Er zeigte sich darüber hinaus zuversichtlich, dass zeitnah weitere Baufreigaben erteilt werden. Dazu zähle die A43, für die ein Planfeststellungsbeschluss vorliege. "Das wären weitere 270 Millionen Euro für NRW", so Groschek.

Insgesamt erhält NRW damit von allen Bundesländern am meisten Geld in diesem Jahr. Die zweithöchste Summe von 314 Millionen Euro bekommt Bayern für insgesamt sieben Projekte. Es folgt Baden-Württemberg mit 282 Millionen Euro für vier Vorhaben. Dobrindt rief die dafür zuständigen Länder erneut zu schnelleren Planungen auf. Das Nadelöhr für Bauprojekte seien nun nicht mehr die Finanzen, sagte der Verkehrsminister.

### **ADAC: Für Brückenneubau fehlen die Experten**

Kritik kam auch vom CDU-Bundestagsabgeordneten und früheren NRW-Verkehrsminister Oliver Wittke: "Es regnet schon wieder Brei und

NRW hat immer noch keine Löffel." Im Grunde gehe NRW leer aus, weil es mit der Brücke Geld für ein Projekt ohne Baugenehmigung gebe. Der Planfeststellungsbeschluss liegt noch nicht vor.

Beim ADAC hieß es zudem: "Das Geld ist im Moment nicht das Problem. Berlin muss ja sowieso alles bezahlen", meint Experte Roman Suthold. "Es fehlen vielmehr die Experten, die die neue Brücke bauen können." Straßen.NRW habe 2015 Mühe gehabt, 100 neue Mitarbeiter zu finden. "Dieses Jahr sollen 100 weitere Leute eingestellt werden. Aber es gibt gar nicht so viele Bauingenieure", sagte Suthold.

Hier geht es zur Bilderstrecke: **Das werden NRWs größte Verkehrsprojekte** >

Quelle: RP



<http://www.rp-online.de/nrw/staedte/leverkusen/a1-rheinbruecke-deutlich-teurer-aid-1.6276545>

© RP Digital | Alle Rechte vorbehalten.

## Mitteilungsvorlage

### TOP 9.2 Neue Rheinbrücke Godorf-Niederkassel

#### **Kenntnisnahme:**

Der Vorstand des Region Köln/Bonn e.V. diskutiert zusammen mit den Bürgermeistern der Kommunen Wesseling, Niederkassel und Troisdorf.

#### **Mitteilung:**

Im Zuge der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans (BVWP) hat die Region Köln/Bonn eine neue Rheinquerung Godorf-Niederkassel angemeldet. Der Referentenentwurf des BVWP im Frühjahr 2016 ordnete die Rheinquerung als neues Straßenbauvorhaben im „Weiteren Bedarf mit Planungsrecht“ ein.

Mit einem Schreiben vom 26. April 2016 an Minister Groschek haben der Rhein-Sieg-Kreis, der Rhein-Erft-Kreis, die Städte Köln, Niederkassel, Wesseling, Troisdorf und Brühl sowie Vertreter des NVR und der Wirtschaftskammern die Forderung nach einer Höherstufung der Schienen- und Straßenrheinquerung in den „Vordringlichen Bedarf“ bekräftigt.

Zur weiteren Positionierung auf Landes und Bundesebene hat der Region Köln/Bonn e.V. die Bürgermeister der Städte Wesseling, Niederkassel und Troisdorf sowie den Planer des Rhein-Sieg-Kreises in die Vorstandssitzung am 29. November 2016 zum Austausch eingeladen.

#### **Gäste:**

Herr Bürgermeister Esser (Wesseling),  
Herr Bürgermeister Vehreschild (Niederkassel) und  
Herr Bürgermeister Jablonski (Troisdorf).  
Dr. Mehmet Sarikaya (Rhein-Sieg-Kreis)

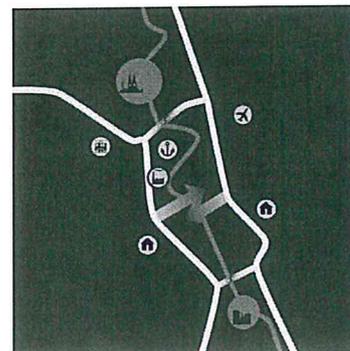
**Anlage TOP9.2\_1 Schreiben an Minister Groschek vom 26. April 2016**



Dr. Reimar Molitor  
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

## neue Rheinquerung: das Rheinland mobil machen

An den Minister für  
Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Herrn Michael Groschek  
Jürgensplatz 1  
40219 Düsseldorf



26.04.2016

### **Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes - Rheinquerung Köln-Godorf / Wesseling / Niederkassel -**

Sehr geehrter Herr Minister Groschek,

die von Ihnen und der Region zum BVWP angemeldete neue Rheinquerung ist im Referentenentwurf des BVWP als neues Straßenbauvorhaben im *Weiteren Bedarf mit Planungsrecht* (WB\*) enthalten. Das im Zuge der Erarbeitung des BVWP ermittelte Nutzen-Kosten-Verhältnis >10 bestätigt die hohe Verkehrsbedeutung dieser Maßnahme. Neben dem Nutzen für den Fernverkehr hat die neue Rheinquerung auch eine elementare Bedeutung für die Region Köln/Bonn. Von vielen Kommunen wurde für die neue Rheinquerung eine Kombinationslösung Schiene/Straße für das BVWP angemeldet. Der Vorschlag einer neuen Rheinquerung als Schienen-/Straßenverbindung genießt in der Region eine sehr hohe Priorität.

Da die Verkehrsverflechtungen zwischen den links- und rechtsrheinischen Teilräumen der Region Köln/Bonn durch den Ausbau der Straßenverkehrsinfrastruktur allein nicht gelöst werden können, braucht die Region eine kombinierte Lösung aus Straßen- und Schienenverbindung. Gerade aus raumplanerischer Sicht kommen im Großraum Köln/Bonn nur wenige Standorte für eine neue Rheinquerung in Betracht, was ein zusätzliches Argument für eine kombinierte Lösung ist. Entgegen der Angabe im Bewertungsverfahren im BVWP sehen wir gerade in der neuen Rheinquerung für beide Verkehrsträger einen hohen Nutzen, da dieser einen Bypass und Entwicklungsmöglichkeiten für die überlastete Verkehrsinfrastruktur bieten würde. Die neue Verbindung hätte erhebliche Bedeutung auch für den Güter- und Personenverkehr. So könnte die Stadt Niederkassel erstmalig an das Schienennetz angebunden werden.

Eine aktuell vorgelegte Bachelorarbeit an der Hochschule Koblenz hat sich intensiv mit der vorgeschlagenen Rheinquerung befasst. Schwerpunkt dieser Arbeit ist es, eine Anbindung der

**Michael Kreuzberg**  
Landrat Rhein-Erft-Kreis

**Sebastian Schuster**  
Landrat Rhein-Sieg-Kreis

**Henriette Reker**  
Oberbürgermeisterin Köln

**Stephan Vehreschild**  
Bürgermeister Niederkassel

**Erwin Esser**  
Bürgermeister Wesseling

**Klaus Werner Jablonski**  
Bürgermeister Troisdorf

**Dieter Freytag**  
Bürgermeister Brühl

**Dr. Norbert Reinkober**  
Geschäftsführer NVR Köln

**Heiko Sedlaczek**  
Geschäftsführer NVR Köln

**Dr. Werner Görg**  
IHK Köln

**Dr. Hubertus Hille**  
IHK Bonn/Rhein-Sieg

**Dr. jur. Ortwin Weltrich**  
Handwerkskammer zu Köln

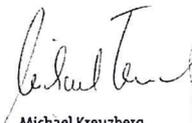
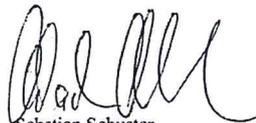
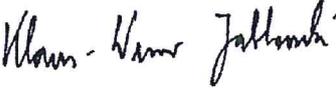
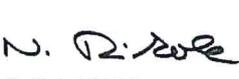
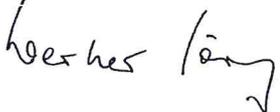
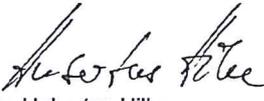
links- und rechtsrheinischen Eisenbahnstrecken an die geplante Rheinquerung zu trassieren. Untersucht wurden zwei Varianten: eine Verkehrsführung auf einer Ebene und eine doppelstöckige Bauweise. Die Verfasserin favorisiert eine doppelstöckige Brücke. Vorteil einer Doppelstockbrücke ist es, dass der Bahnverkehr unter Einhaltung der technischen Trassierungsrestriktionen nur so über ein linksrheinisches Gleisdreieck sowohl in Richtung Köln als auch in Richtung Bonn, direkt ausfahren kann. Bei einer Verkehrsführung von Straße und Schiene auf einer Ebene müsste neben der eigentlichen Rheinbrücke eine Unter-/Überquerung gebaut werden, die aufgrund der einzuhaltenden Höchstneigung kein Ausfahren in beide Richtungen erlaubt.

Eine neue Verkehrsspanne im Kölner Süden sollte im Hinblick auf die Förderung des Verkehrsträgers Schiene auch beim Bundesverkehrsminister auf Akzeptanz stoßen, weil sie verkehrlich und regionalplanerisch eine sinnvolle Lösung wäre. Daher fordern die betroffenen Städte und Kreise sowie die Kammern der Region die Rheinquerung als Schiene-/Straßenprojekt in den *Vordringlichen Bedarf* einzustufen.

Sehr geehrter Herr Minister Groschek, wir wissen, dass Sie sich für die Realisierung des Vorhabens ausgesprochen haben. Das freut uns sehr. Denn nicht nur die betroffenen Kommunen und Kammern im Raum Köln/Bonn und der Regionalrat Köln, sondern auch die Metropolregion Rheinland, setzt sich für die Kombinationslösung und Höherstufung in den *Vordringlichen Bedarf* des Projektes ein.

Wir würden uns sehr freuen, Herr Minister Groschek, wenn Sie die Höherstufung der Maßnahme unterstützen und dies beim Bundesverkehrsminister, ggf. auch durch die Unterstützung einer weitergehenden Untersuchung durch das Land, ebenfalls einfordern. Dadurch könnte das in der Bundesverkehrswegeplanung enthaltene Straßenprojekt als kombinierte Lösung Schiene/Straße weiter forciert werden.

Mit freundlichen Grüßen

  Michael Kreuzberg Landrat Rhein-Erft-Kreis	 Sebastian Schuster Landrat Rhein-Sieg-Kreis	Henriette Reker Oberbürgermeisterin Stadt Köln	  Stephan Vehreschild Bürgermeister Stadt Niederkassel
 Erwin Esser Bürgermeister der Stadt Wesseling	 Dieter Freytag Bürgermeister der Stadt Brühl	 Klaus-Werner Jablonski Bürgermeister der Stadt Troisdorf	 Dr. Norbert Reinkober Geschäftsführer Nahverkehr Rheinland GmbH
 Heiko Sedlaczek Geschäftsführer Nahverkehr Rheinland GmbH	 Dr. Werner Görq IHK Köln	 Dr. Hubertus Hille IHK Bonn/Rhein-Sieg	 Dr. jur. Ortwin Weltrich Handwerkskammer zu Köln